Absender
Abfallwirtschaftsbetrieb

Drucksachen-Nr.

0134/2017

öffentlich

Antrag

der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL

zur Sitzung des
Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 06.04.2017

Tagesordnungspunkt Ö 15.1

Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom
01.02.2017 zur Einführung der Wertstofftonne

Inhalt:

Mit Schreiben vom 01.02.2017 beantragt die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, ab wann und in welcher Form die Wertstofftonne im Stadtgebiet von Bergisch Gladbach eingeführt werden kann. Der Antrag ist beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Fraktion bleibt wider besseres Wissen bei der Auffassung, dass es eine kommunale Zuständigkeit für die Sammlung von Verkaufsverpackungen gäbe. Ihr wurde auf eine entsprechende Anfrage bereits mit Schreiben vom 30.11.2016 erläutert, dass eine solche Kompetenz auch aus dem Gesichtspunkt der kommunalen Selbstverwaltung heraus nicht besteht. Das diesbezügliche Schreiben des Abfallwirtschaftsbetriebes (AWB) ist als Anlage beigelegt.

Die frühere Absicht der Bundesregierung, ein Wertstoffgesetz zu verabschieden, das die verpflichtende Einführung einer Wertstofftonne vorsah, wurde aufgegeben. Statt eines Wertstoffgesetzes wird derzeit der Entwurf eines neuen Verpackungsgesetzes beraten, das die bisherige Verpackungsverordnung ersetzt. Mit der Verabschiedung wird im laufenden Jahr gerechnet.

Im Entwurf des Verpackungsgesetzes ist keine Wertstofftonne mehr vorgesehen. Die Kommunen sollen jedoch entscheiden können, in welcher Form die Sammlung der Leichtverpackungen durchgeführt wird und ob sie sich im Einvernehmen mit den Dualen Systemen freiwillig dafür entscheiden, dass die Dualen Systeme auf Kosten der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger stoffgleiche Nichtverpackungen (SNVP) mit erfassen und verwerten.

Die Stadt Bergisch Gladbach ist in NRW lediglich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger für die Sammlung von Abfällen, der Bergische Abfallwirtschaftsverband (BAV) hat diese Funktion für die Verwertung bzw. Entsorgung der gesammelten Abfälle. Dementsprechend kann die Stadt Bergisch Gladbach nicht eigenständig über die Miterfassung und Verwertung von SNVP in Zusammenarbeit mit den Dualen Systemen entscheiden. Zur Verwertung der SNVP wäre eine verbandseinheitliche Lösung anzustreben, über die die Verbandsversammlung des BAV entscheiden müsste.

Der AUIKV hat die Verwaltung bereits beauftragt, eine Fortschreibung des städtischen Abfallwirtschaftskonzepts mit Beratung durch das INFA-Institut zu erstellen. Im Hinblick auf die derzeit hohe Arbeitsbelastung im AWB ist der Beginn der Beratungen im Spätherbst geplant. In diesem Rahmen werden die Auswirkungen und Möglichkeiten, die sich aus dem bis dahin wohl verkündeten Verpackungsgesetz ergeben, ohnehin diskutiert.

Die Verwaltung empfiehlt daher, den Antrag abzuweisen.